

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33

Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmeit)  
Fernsprecher: Amt Marktplatz 11044

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Schutzzoll und Gewerkschaften.



Die deutschen Gewerkschaften sind — entsprechend der Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag — im allgemeinen für Freihandelspolitik und gegen den Schutzzoll eingetreten. Hier und da haben freilich Eingänger — wie z. B. Schippel in den „Soz. Monatsheften“ — immer wieder an der grundsätzlich freihändlerischen Auffassung der deutschen Arbeiterchaft zu rütteln versucht.

Da die Frage der Schutzzollpolitik auch bei den Reichstagswahlen mit zur Entscheidung gebracht wird, bringen wir nachfolgend zur Information unserer Leser einen Auszug aus einem Vortrag, den Ende Oktober Dr. Hilferding im A.D.G.B. vor einer Konferenz von sozialdemokratischen Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats sowie den Vorstandsmitgliedern des A.D.G.B. und der A.F.A. gehalten hat:

„Weber die Sozialdemokratische Partei noch die Gewerkschaften sind in Fragen der Handelspolitik dogmatisch gebunden, weil beide letzter einen entscheidenden Einfluß auf die Handelsverträge und die Zolltariferatungen nicht hatten. Es gilt jetzt, die in den letzten Jahren geübte Hochschutzzollpolitik abzubauen, die der Entfaltung der deutschen Wirtschaft hinderlich geworden ist. Unsere Stellungnahme zum Schutzzoll muß geklärt sein von den Interessen der arbeitenden Klasse, die in erster Linie als Produzent auftritt und darüber hinaus auch Konsumentinteressen zu wahren hat.

Der Agrarzoll belastet die gesamten industriellen Produktionskosten und löst ganz zwangsläufig den industriellen Schutzzoll aus. Die Industriezölle verteuern die landwirtschaftliche Produktion und sind deshalb abzulehnen. Nicht eine einzige Zollposition kann aus dem gesamten Zollsystem herausgenommen und für sich behandelt werden, denn der deutsche Zolltarif ist etwas Zusammenhängendes; eine Position wirkt auf die andere ein. Der Agrarzoll steigert den Marktwert des Grund und Bodens und verteuert damit künstlich die auf ihm erzeugten Produkte. Vorteil davon haben nur die augenblicklichen Bodenbesitzer, die eine besondere Grundrente einziehen, während der nächste Käufer des Grundstücks einen höheren Preis zahlen muß. Dieser Käufer hat also bereits höhere Produktionsbedingungen und verlangt wegen mangelnder Rentabilität erneut erhöhte Schutzzoll. Der Schutzzoll hindert zugleich jede Siedlungs- und eine intensive Bodenbewirtschaftung. Die Ursache der diesjährigen deutschen Agrarkrise bis zum August bestand in den hohen Preisen für Industrieprodukte und den außerordentlich geringen Preisen der Agrarprodukte, die in neuester Zeit fast völlig ausgeglichen sind. Deshalb besteht die deutsche Landwirtschaft des Zollschutzes nicht.

Weltwirtschaftlich gesehen ist in der Agrarwirtschaft eine völlige Umstellung eingetreten. Im letzten Jahrzehnt vor und während des Krieges zogen alle Preise für Agrar- und Rohstoffe ununterbrochen an, trotzdem die Arbeitslöhne in Argentinien, Kanada und Nordamerika erheblich vergrößert wurden. Den amerikanischen Farmern wurden während des Krieges Mindestpreise garantiert, die Landwirtschaft rentierte und beehrte sich infolgedessen aus. Seit Kriegsende mangelnde Kaufkraft in Europa, sanken sich die Preise für Agrarprodukte in Amerika. Die amerikanischen Farmer drängen auf Ausfuhr und sind heute die eifrigsten Befürworter des Freihandels. Ruß-

land exportierte vor dem Kriege große Getreidemengen; Deutschlands Einfuhr kam zu etwa 83 Proz. aus Rußland. Die russische Ausfuhr war stets nur Hungerexport, den auch nur der Großgrundbesitz zu leisten vermochte. Dieser Großbesitz ist nicht nur in Rußland, sondern in allen südeuropäischen Staaten durch Revolution und Agrarreform zerstückelt. Der Kleinbesitz wirtschaftet nicht rational und ist daher nicht exportfähig. Deshalb scheidet der Export aus diesen Agrarstaaten für Europa fast aus. In der amerikanischen Landwirtschaft steigt der Lebensstandard der Landwirte an, damit erhöhen sich die Produktionskosten, und als weitere Folge ist auf unabsehbare Zeit mit gesteigerten amerikanischen Lebensmittelpreisen zu rechnen, die rückwirken auf die Preise für deutsche Produkte. Der Agrarzoll wirkt stets als ursprünglicher Steuerungsfaktor und ist deshalb abzulehnen.

Die Industriezölle wirkten vor hundert Jahren in Deutschland als Erziehungszölle, doch in der heutigen Karren- und Transportwirtschaft erzwingen sie die vertikale Berufung und fördern die Monopolstellung der Industrie, verschaffen ihr insbesondere eine besondere Kapitalkrente. Die Dumpingwirtschaft im Ausland wird damit ermöglicht, wozu sich das Ausland wiederum durch Zollmauern zu schützen sucht.

In der Vorkriegszeit erhob Deutschland z. B. 10 Mk. pro Tonne Eisenzoll. Italien konnte dadurch deutsche Halbzeugfabrikate zu 57 Proz. billiger in Deutschland üblichen Preise kaufen und auch der englische Schiffbau kaufte um etwa 50 Proz. billiger. Industrieller Schutzzoll verteuert heute die gesamte Produktion lediglich zugunsten einiger Kartelle und hindert die intensive Ausnutzung der Fertigungswirtschaft, auf die Vertikalisierung ansichts der Reparaturen ganz besonders angewiesen ist. Ein Vergleich mit anderen Industrieländern beweist, daß dort der Handel der Fertigungsindustrie außerordentlich günstig gewesen ist, weil er sie gleichzeitig zur Rationalisierung infolge anbauender Konkurrenz anspornte. Die rückständige deutsche Industrie wird nur durch den frischen Luftzug der ausländischen Konkurrenz errettet werden können.

Im Gegensatz zu Deutschland scheiden die amerikanischen Trusts alle unrentablen Betriebe aus während die deutschen Kartellpreise diktiert werden von dem am schlechtest rentierenden Betriebe.

Als Finanzzoll kommt der Schutzzoll kaum in Betracht, denn dem Staatshaushalt wurden zumist ganz unbedeutende Summen aus den Zöllen zugeführt. Pro Kopf der Bevölkerung waren in der Vorkriegszeit jährlich 20 Mk. Kornzoll zu leisten, das waren fast 10 Proz. vom Jahreseinkommen einer Familie. Die Grundbesitzer haben von diesen ungeheuren Beträgen fast 80 Proz. als erhöhte Grundrente erhalten.

Die deutschen Gewerkschaften stehen in der Zollfrage augenblicklich vor schweren Entscheidungen, weil sie beschließen müssen, daß ohne Zollschutz bestimmte, nicht leistungsfähige Industriezweige stillgelegt werden könnten. So z. B. könnte der Mansfelder Kupferbergbau durch Zoll geschützt werden, aber die Vertierung aller elektrotechnischen Produkte wäre die Folge, die wir wiederum angesichts der Auslands Konkurrenz und weil wir auf den Weltmarkt mühen, einfach nicht tragen können. Dasselbe trifft zu auf den Textilrohstoffzoll, durch den die gesamte Bekleidungsindustrie belastet, die Inlandpreise in die Höhe getrieben und der Außenhandel ausgeschaltet würde.

Die partikularistischen Interessen einzelner Industriezweige müssen deshalb hinter die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen

zurücktreten. Wird eine konkurrenzunfähige Industrie durch hohen Zoll geschützt, dann ist die Existenz aller Betriebe in dieser Industrie durchaus nicht gesichert, denn der Überpreis gestattet den Kapitalträgern die Einführung vervollkommener Maschinen, und damit zerlegt man zugleich die weniger leistungsfähigen Unternehmungen und verhindert keineswegs die Arbeitslosigkeit.

Von der deutschen Stellungnahme wird es abhängen, ob bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen die Bahn für die freie Verkehrswirtschaft in der Welt gebahnt wird. Entscheidend sind dabei die Verhandlungen, die Deutschland mit Frankreich zu führen hat. In England hat die Arbeiterregierung einige Schutzzölle bereits abgebaut und sich für strikte Handelspolitik entschieden.

Eering, der bedeutende Agrarwissenschaftler und Befürworter des Agrarzolls, wandte sich vor wenigen Wochen auf dem Kongress des Vereins für Sozialpolitik in Stuttgart gegen Agrar- und Industriezölle. Das gewerkschaftliche Gesamtinteresse erfordert die Steigerung der gesamten Produktion durch freihändlerische Gestaltung der Handelspolitik.

Wir haben an dieser Stelle uns wiederholt über die lebensvertuernde Wirkung der Agrarzölle, aber auch über die fast ebenso schädlichen Industriezölle geäußert, so daß unsere Leser in den vorstehenden Darlegungen eine Bestätigung dieses Standpunktes finden. Es erscheint uns aber gegenwärtig ungemein wichtig, daß unsere Kollegenschaft überall diese grundsätzliche Einstellung gegen den Schutzzoll zum Ausdruck bringt, denn die lebensvertuernde Wirkung zeigt sich besonders im Arbeiterhaushalt.

Die bürgerlichen Parteien gehen zur Zeit der Reichstagswahlen wie die Rabe um den heißen Brei herum in dieser Frage. Sobald sie aber die Wahl hinter sich haben, wird ihr Geschrei um hohe „Schutzzölle im Interesse der deutschen Volkswirtschaft“ um so ärger und lauter. Darum sollen unsere Leser allen Indifferenten und Säumigen jetzt die Augen öffnen. Denn am 7. Dezember wird auch hierüber die Entscheidung gefällt.

## Die Krise in der Sozialpolitik.

### I.

Der Reichsarbeitsgeberverband Deutscher Gewerbetreibender und Kommunalverbände hat sich vor dem Professor Heyde in Kostod ein Vortrag über „Krisis und Zukunft der Sozialpolitik“ halten lassen, der natürlich „mit außerordentlich großem Beifall aufgenommen wurde“.

Dieser Beifall war, wie wir nach dem Studium des in der Zeitschrift des Reichsarbeitsgeberverbandes Nr. 13-17 und 18-20 abgedruckten Referats beurteilen können, wohl verdient. Das fremdsprachige Händelkafchen der Arbeitgeber ist vom Standpunkt der Arbeitnehmer schon als ungünstiges Omen für den Wert der von Herrn Prof. Heyde verkündeten Sozialpolitik zu buchen.

Die Tendenz des Referats geht dahin: Das deutsche Volk wird durch die Reparationslasten so bedrückt, daß unter allen Umständen 10 bis 12 Stunden von denen gearbeitet werden muß, die in Arbeit stehen, d. h. wenn pro Jahr berechnet vor der deutschen Volkswirtschaft eine bestimmte Warenmenge herzustellen ist, dann soll die Herstellung dergestalt vorgenommen werden, daß statt etwa alle Arbeitskräfte 8 Stunden pro Tag zu beschäftigen, ein Teil 10 bis 12 Stunden schafft und der andere Teil arbeitslos hungern muß. Warum? Weil dadurch angeblich Mehrarbeit geschaffen wird. In Wirklichkeit dient diese „Krise in der Sozialpolitik“ dazu, den Lohnanteil am Produkt noch mehr herabzuschrauben zu können.

Das Kernstück des Kampfes um die Arbeitszeit liegt für die Unternehmer und die denselben hilflos beispiegelnden Sozialreformer nicht so sehr darin, ob 8, 9 oder 10 Stunden gearbeitet wird, sondern darin, daß für die verlängerte Arbeitszeit, in realem Werte ausgedrückt, nicht mehr wie für 8 Stunden Arbeit gezahlt zu werden braucht. Die Mehrarbeit bei Kinderbezahlung für den einzelnen bringt für die Gesamtproduktion noch lange keine Gesamtmehrerleistung. Sie kann vielmehr billigere Waren für den Konsum oder höhere Profite für die Fabrikanten schaffen. Besteres ist das Wahrscheinlichere. Größere Arbeitslosigkeit bedingt diese von so hoher Werte aus vertretene Auffassung aber tödlicher.

Warum nun muß nach dem Referenten die Arbeitszeit verlängert werden? Weil unsere sogenannten nationalen Kreise im Unternehmertum nachlässig bis zum Erzeh den Allerten gegenüber unangefordert bereit sind, die Reparationslasten um Gotteswillen bis

zum 3-Tüpfelchen zu erfüllen! Dieser gute Wille soll aber auf Kosten der Arbeiter zur Tat werden. Wo, fragen wir, haben die Allierten die positive Forderung erhoben — die deutschen Arbeiter sollen 10 bis 12 Stunden (noch dazu zum bisherigen alten Lohn) arbeiten — damit die deutschen Unternehmer tödlicher die Auslandskonkurrenz schlagen können. Wo haben die Allierten solche von ihrem Gesichtspunkt herverbrante Forderungen vertreten? Nirgendes! Im Gegenteil, man ist doch ängstlich bemüht, in Rücksicht auf ihre gefährdete Konkurrenz, das Washingtoner Abkommen nur zu ratifizieren, wenn Deutschland ebenfalls ratifiziert. Vielleicht nehmen die Allierten an, daß deutsche Wissenschaft und Technik, deutsches Organisationskalent, die Hebel sind, die den Reparationsgodstren stützen machen! Am Ende rechnet man auch damit, Herr Professor, daß die besitzenden Kreise Deutschlands auch einmal ein Opfer auf dem Altar des Vaterlandes bringen. Oder sollten diese beiden Annahmen doch als unbegründet zu verwerfen sein? Herr Professor Heyde bejaht, — natürlich schweren Herzens — die Frage, ob „der Achtstundentag wohl noch einmal auf eine beschränkte Reihe von Jahren“ aufzuheben ist. Die Bejahung dieser Frage wirkt, gelinde gesagt, um so aufreizender, als vorher von ihm selbst festgestellt wird, daß durch den Friedensvertrag eine internationale Beschränkung der Arbeit (Washingtoner Abkommen) als sozialpolitischer Vorteil besteht und dadurch „eine raubbaumäßige Ausnutzung der deutschen Arbeitskraft verhindert“ wird. Tut nichts — begeben wir uns dieses Vorteils — lassen wir den Raubbau deutscher Arbeitskraft zu. Das ist die Lösung aller deutschen Sozialpolitiker von Betruf, des Beifalls der Unternehmer sind sie sicher.

Nach dieser Stanzleistung der krisenhaften Sozialpolitik wird man es uns nicht übelnehmen, wenn wir ein großes Fragezeichen hinter die Behauptung machen, daß der Direktor des Internationalen Arbeitsamts dann Herrn Professor Heyde erklärt haben soll, für Deutschland werde grundsätzlich für die „beschränkte“ Zeit (von 30 Jahren?) bei einer Ratifikation des Washingtoner Abkommens das Ausnahme„recht“ einer längeren Arbeitszeit eingeräumt werden. Kurz vorher prägi der Referent folgenden Satz: „Ein großes und meines Erachtens unberechtigtes, jedoch nicht unbegriffliches Maß von Erbitterung gegen die deutsche Neuordnung der Arbeitszeit (Verordnung vom 23. Dezember 1923) findet sich da gerade in den Arbeitnehmerkreisen des Auslandes.“ Umgkehrt wird ein Schuh daraus, was man bezweifeln kann, muß doch auch berechtigt sein. Falls das aber noch nicht ganz zutreffen sollte, so fühlen sich tatsächlich die deutschen Sozialpolitiker betruhen, diese Erbitterung in vollem Umfange als berechtigt weiter zu führen.

Zwei Seelen wohnen ach in reiner Brust, die eine mehr, die andere weniger bewußt. Das wechselt dann in trauriger Harmonie ab und nennt sich deutscher Sozialreformer, linker Flügel. Herr Prof. Heyde versucht in dem Referat auch in Vertretung dieses Flügels den verammelten Arbeitgebern in Kostod auch andererseits einige sozialpolitische Wahrheiten beizubringen. Er bekannte sich rückhaltlos zu der Idee der Betriebsräte, die er für groß für erhaltungswürdig und -bedürftig bezeichnete. Ebenso rückhaltlos tritt er auch für die Anerkennung der gewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen ein. Seine Stellungnahme zu den gewerkschaftlichen Arbeiten ist immerhin lebenswert wenn ihm auch bei seiner Kritik einige Fehler unterlaufen. Diese richtig zu stellen erscheint uns doch erforderlich. In der nachfolgenden Behauptung wird nach unserer Auffassung Ursache und Wirkung verwechselt. „Die Inflation brachte den Zusammenbruch aller Fehler, die gemacht worden waren, weil mit der unseligen Inflation das inflationistische Rad so schnell ins Rollen kam, daß wir geradezu dem Abgrund zufliehen.“ Das hat das reichsstatistische Amt sich auch nicht träumen lassen, daß mit keinen Inflationen, die die Wirkung der Inflation nachträglich wiederhaben, wir schon vorher der Inflation und damit dem Abgrunde zugetrieben wurden. Die Behauptung der Gewerkschaften, daß nicht der Achtstundentag, sondern andere Ursachen dem teilweisen Rückgang der Arbeitsleistung zugrunde liegen, wird wohl wider Willen anerkannt. Wir zitierten: „Man müßte arführen den feilischen Ermüdungszustand unserer Arbeiter aus der Inflationzeit her, der die Leistung natürlich verlangsamt oder mindert. Man müßte hinzuzufügen den hohen Kriegsverlust an Industriearbeitskräften in den besten Lebensjahren.“ Wenn man dazu noch die gesundheitsschädigenden, träftemindernden Folgen des Weltkrieges, die Hungererlöbne der deutschen Arbeiterkraft und die oft monatelange Arbeitslosigkeit in Betracht zieht, dann ist es nichts mit der professoralen Behauptung, nur der Zehnstundentag kann uns retten.



# Reichs-, Staats- und Gemeindefarbeiter!

Jum vierten Male seit dem ungeheuren Zusammenbruch Deutschlands ist euch die Entscheidung für eure und eurer Familie Zukunft und Wohlergehen in die Hand gegeben. Am 7. Dezember sollt ihr müßt ihr all denen die Antwort geben, die die Ursache zu eurem Elend sind. Die Wahl kann niemandem von euch schwer fallen, wenn ihr eingedenk seid, daß alle Anstrengungen eurer Vertreter im Reichstag sowohl als auch in den Landtagen und in den Gemeindeparlamenten vergebens waren und vergebens sein mußten, weil die gesetzgebenden Körperschaften beherrschenden bürgerlich-kapitalistisch-militaristischen Wehrheiten alles zunichte machten, weil diese Kreise niemals einen Hauch sozialen Empfindens für eure Lage aufzubringen vermögen.

Für sie geht und gilt das Wort eines Bischof Henle: „Wer Recht ist, soll Recht bleiben.“ Diese bürgerblödsinnigen „Volksvertretern“ sind die Tränen eurer nach Brot verlangenden Kinder, sind eure unglücklichen oder auch beschiedenen Forderungen nach auskömmlicher Bezahlung für eure Mühe und Arbeit gleichgültig.

Der mit großem Tamtam von der Reichsregierung angekündigte Preisaabbau ist in das Gegenteil umgeschlagen. Börsenjobber und ihnen ähnliche „Vollgegnossen“ haben aus diesem Preisaabbau und aus dem in verstärktem Maße über euch hereingebrochenem Elend gewaltige Profite erzielt. Während ihr mit euren Familien darbt, hungert und friert, lassen es sich die Ruhehüter dieser Profite an der See und an anderen Kurorten wohl sein. Die Reureichen und Kapitalisten füttern auf dem Marktplatz in Venedig die Tauben, während sie schlafend über die Armut und Not in der deutschen Heimat hinwegsehen und für euch nur Hohn und Spott übrig haben.

Und wenn jetzt in der Zeit des Wahlkampfes die Vertreter der Befehdenden, die Deutschnationalen und andere „Volksparteien“ und andere „Erneuerer“ Deutschlands, wie girrende Tauben um eure Gunst kühnen, dann verzeht nicht, daß es gerade diese Parteien waren, die euch vor dem 4. Mai versprochen, für euch zu sorgen. Vergeßt auch nicht jenes Wahlplakat, auf dem ein schwarzweißroter bemalter Fuhrmann einen Karren durch nationale Säule aus einem roten Sumpf ziehen läßt unter der vielgelobten Ueberschrift: „Aus aus dem Dreck.“

Wie aber diejenigen geschädigt wurden, die auf dieses Plakat hinwirkten und die sogenannten nationalen Parteien in den Sattel halfen, beweist folgende Zusammenstellung:

Es kosteten am 4. Mai		heute
1 Pfd. Brot . . . . .	15 Pf.	18 1/2 Pf.
1 „ Weizenmehl . . . . .	18—19 „	22—28 „
1 „ Gries . . . . .	24 „	28—30 „
1 „ Rindfleisch . . . . .	84 „	110 und mehr
1 „ Schweinefleisch . . . . .	87 „	120 „
Eier das Stck . . . . .	10 „	14—17 Pf.

Diese Beispiele können beliebig erweitert werden.

Wie man aber gerade in nationalen Kreisen und besonders in „deutschvölkischen“ eure Frauen und eure Urteilsfähigkeit einschätzt, das hat mit zuspülender Offenheit der Lindström-Ludendorffsche Kappistenputschkumpan, der deutschvölkische Oberst Bauer in seinem Buche: „Der große Krieg in Feld und Heimat“, zum Ausdruck gebracht. Dieser Urteuone schreibt nämlich von den Frauen folgendes:

„Insbesondere hat die Frau nicht das geleistet, was sie hätte leisten können. Sofern sie nicht durch die Not dazu getrieben wurde oder die sich bietende pekuniäre und sonstige namentlich sexuelle Unabhängigkeit sie lockte, blieben sie in Scharen der Arbeit fern. Die Gesamtleistung der Frau ist quantitativ und qualitativ hinter den Erwartungen zurückgeblieben, genau wie in den andern Ländern. Die von der Berufstätigkeit von der Familie emanzipierte Frau zeigte aber noch weitere Schwächen. Die Moral sank zusehends, Vergnügungssucht und Genußsucht blühte, die Mode wurde immer extravaganter, herausfordernder und, wie in jener Zeit abends durch die Großstädte ging, konnte den Ekel vor dem Volk, besonders den Juden und Weibern bekommen.“

In solcher Weise wagt man euch Frauen, die ihr unter den Sorgen um eure Angehörigen an den Fronten, unter dem seelischen Leid infolge der Wirkungen des furchtbaren Krieges ungewöhnlich duldet und leiden mußtet, heute noch insam zu beschimpfen, wo waren denn die „Damen“ aus den Kreisen des Herrn Oberst Bauer? Haben die Damen der Herrn Militärs und die „Gemahlinnen“ der Herren Kommandanten euch um einite Gramm Fett oder sonstige Lebensmittel stundenlang anstehen müssen? Haben die Frauen und Töchter „hoher Herrschaften“ auch im verdorrten Rärm der Munitionsfabriken bei unzureichender Ernährung Fronddienste geleistet? Oder wurden sie etwa auch zu Hilfsdienstarbeiten im Feuerbereich

feindlicher Geschütze herangezogen und mußten sie etwa auch in ungeheizten durchsehten Baracken hausen? Ach nein! Sie hatten das Durchhalten viel leichter als ihr, die ihr zum Dank für die ungeheuren Opfer, die ihr dem Vaterland brachtet, euch noch beschimpfen lassen müßt. Ihr Frauen! Am 7. Dezember ist euer Tag! Vergeßt das nicht!

Und den Schreiern, die den Mund nicht voll genug nehmen können von dem künftigen Entscheidungskampf und die das deutsche Volk wieder unter die Fuchel des Unteroffiziers und des Gendarmen bringen möchten, schreibt eine Stelle, die jedenfalls am besten das „Hebentum“ dieser Vurschen einzuschätzen wußte, folgendes ins Stammbuch:

R. 270, 563 P. Kriegsministerium.

Beiz. Kriegsverwendung. München, den 23. Oktober 1918.  
In der Klasse, im besetzten Gebiet und in der Heimat ist eine sehr große Anzahl von nur garnisonverwendungsfähigen aktiven Hauptleuten, Oberleutnants und Leutnants verwendet, die nur sehr kurze Zeit während des Krieges an der Front verwendet waren, aber die sich schon lange in ihrer gegenwärtigen Verwendung befinden. Ich bitte, den betreffenden Offizieren erlassen zu lassen, daß für ihre Beförderung im aktiven Dienst bei der Fernabmachung die Gründe, aus denen sie längere Zeit dem Frontdienst entzogen waren, genau nachzuweisen sein werden.

v. Gellingrath, Bayer. Kriegsminister.

So sieht jenes Hebdentum, das bei der nötigen Ladung Altkol „stetiglich Frankreich schlagen und als tapferer Held sterben“ will, in Wirklichkeit aus. Das bayerische Kriegsministerium konnte seine Pappenheimer, es erübrigt sich jedes weitere Wort, denn der Erlaß besagt alles.

Auch hierauf müßt ihr am 7. Dezember die richtige Antwort geben.

Als Reichs-, Staats- und Gemeindefarbeiter habt ihr ein doppeltes Interesse an allen Wahlen zu den Parlamenten, weil ihr dabei eure eigenen Arbeitgeber wählen dürft. Die Gemeindefarbeiter wählen ihren Stadt- oder Gemeinderat, die Staatsarbeiter ihren Landtag und die Reichsarbeiter mit den übrigen zusammen den Reichstag. Wie froh wären die Privatarbeiter, wenn sie ebenfalls in der glücklichen Lage wären, ihre Fabrikanten und Aktionäre selbst wählen zu können!

Darum, ihr Reichs-, Staats- und Gemeindefarbeiter, muß eure Wahlhandlung am 7. Dezember unbedingt dahin gehen, daß ihr an das oben Gesagte denkt und eure Stimmen nur denen gebt, die schon immer bestrebt waren, eure Lage nach Möglichkeit zu bessern. Je mehr ihr daher dazu beiträgt, daß die Vertreter der Arbeiterschaft in gewaltiger Stärke in die Parlamente einziehen, desto sicherer seid ihr, daß sich eure Lage erträglicher gestaltet. Darum, Kolleginnen und Kollegen allerorts! Rührt die Zeit bis zum 7. Dezember gut und sorgt für gewaltigen Zuwachs der sozialistischen Vertreter und Stimmen, denn nur die sozialistische Partei ist es, die immer für eure Interessen gekämpft und gestritten hat.

Aber auch keine Stimme den Verderbern unseres Heimatlandes, die neues Unheil über euch und eure Familien bringen möchten. Denkt daran! Der 7. Dezember ist Wahl- und Jagttag. Benzenther, Nürnberg.

## Vor neuen Wirtschaftskämpfen!

I.  
Unter der Parole „Verbüßungsaktion der Regierung“ und heuchlerischer Vorschüfung staatspolitischer Notwendigkeiten verweigert man heute dem größten Teil unserer Staatsbürger das Existenzminimum. Dieselbe Arbeitnehmerschaft, welche in Deutschlands schwerster Zeit „durchgehalten“, ohne deren Mühsal und treue Erfüllung ihrer staatlichen Pflichten von einem einheitlichen Preußen und Deutschland keine Rede mehr wäre, dieselben Arbeiterschichten würden nicht mehr ihr Leben zu fristen.

Auf unzureichende Löhne angewiesen, stehen sie heute dem schamlosesten Wucher gegenüber. Die Regierunngsmaßnahmen zur Senkung der Warenpreise werden von der Selbstsucht weiter Händler- und Unternehmertreibe dazu tenugt, um den Profit zu steigern. Der „olle ehrliche“ Kaufmann kann sich noch nicht mit der Anwendung der Goldwährung auch beim Händlergewinn abfinden.

Obwohl die Löhne der Arbeiter (auch der landwirtschaftlichen Arbeiter) nach Einführung der veränderten Arbeitszeit nur zirka 90 Pro. des Vorkriegsreallohnes betragen, ist eine Verteuerung der notwendigen Bedarfsartikel, besonders der Lebensmittel, in einem geradezu unermöglichen Maße erfolgt. Der Preis für 100 Kilo-





# Beilegung des Konfliktes in der Berliner Gasbetriebsgesellschaft

In Nr. 44 der „Gewerkschaft“ konnten wir mitteilen, daß der Streit über Neuabschluss eines Manteltarifvertrages zwischen der Gasbetriebsgesellschaft und unserer Organisation beendet wurde durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches, gefällig vom st. überretenden Schlichter Dr. Grab-in. Damit wurde für die Arbeiter der Gasbetriebsgesellschaft ein Manteltarifvertrag rechtskräftig, der in der Hauptsache als Inhalt die sozialen Bestimmungen, wie sie für die städtischen Gaswerke Geltung haben, aufweist. Die Parteien waren nach Abschluß dieser Bewegung verpflichtet, sofort in Verhandlungen über Lohnserhöhungen einzutreten und hierbei ergaben sich erneute Schwierigkeiten.

Seit vielen Jahren steht die Direktion der Gasbetriebsgesellschaft auf dem Standpunkt, daß die Löhne, die in den städtischen Gaswerken gezahlt werden, auch für ihre Arbeiter Geltung haben müssen. Der Generaldirektor Körling erklärte stets, daß die Tatsache, daß die Aktien der Gasbetriebsgesellschaft zu über 1/2 in Händen der Stadt Berlin, ein weiteres Drittel im Besitz des Reiches Ostow und nur der Rest in Privathand sei, es ihm unmöglich mache, von der Berliner Regelung abzuweichen.

Eine Ausnahme hiervon brachte die Lohnregelung im März d. J. Der Schlichtungsausschuß, dessen Entscheidung damals Geltung hat, rechnete die finanziellen Ergünstigungen, die der Manteltarif der Gasbetriebsgesellschaft gegenüber dem städtischen Manteltarif vorlag, auf den Lohn um. Die Differenz in den Stundenlöhnen betrug bei Ungelernten und Angekehrten 2, bei Handwerkern 1 Pf. Später wurde die Differenz bei allen Gruppen auf 1 Pf. durch freie Vereinbarung herabgesetzt.

Da nun im neuen Manteltarif diese Vergünstigungen nicht mehr beibehalten wurden, war es recht und billig, daß jetzt wieder die alte Übung, die Berliner Löhne zu übernehmen, in Geltung kam. Darauf zielten auch die Forderungen der Kollegenschaft hin. Die Direktion lehnte ein solches Ansinnen ganz bestimmt ab. Wegen der Tatsache, daß vom 1. Oktober ab die 8 1/2 stündige tägliche Arbeitszeit abgeschafft und die 8 stündige Arbeitszeit wieder eingeführt werden mußte, wollte die Direktion keinen Pfennig Lohnserhöhung bewilligen.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin verhandelte diesen Streit unter Vorsitz des Herrn Rechtsanwalt Dr. Henkel am 1. November d. J. Hier wurde der vollständig unbegründete Schiedspruch gefällt, daß die Gasbetriebsgesellschaft berechtigt sei, wieder Stundenlohnsätze zu zahlen, die 2 Pf. unter denen der städtischen Gaswerke liegen. Auch die Nachzahlung, die für die städtischen Kollegen in freier Vereinbarung festgesetzt wurden, berücksichtigte dieser Schlichtungsausschuß nicht. In einer Urabstimmung nahm die Belegschaft zu diesem merkwürdigen Schiedspruch Stellung. Das Ergebnis war, daß von 1955 Beteiligte 1725 ihre Stimme abgaben. Von diesen erklärten sich 1607 für Streit und nur 111 für Annahme, 7 Stim-

men waren unglücklich. Auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses rief der Schlichter von Groß-Berlin die Parteien zu neuer Verhandlung zusammen. Da auch hier eine Vereinbarung nicht zustande kam, wurde ein neuer Schiedspruch gefällt, der den Arbeitern der Gasbetriebsgesellschaft die städtischen Löhne zuerkannte. Ueber eine Nachzahlung sollten sich die Parteien verständigen. Dieser Schiedspruch wurde von der Direktion abgelehnt, in der Annahme, daß die Organisation den Schiedspruch anerkennen und seine Verbindlichkeitsklärung beantragen würde. Auf Grund der Ablehnung durch die Direktion gab aber auch unsere Berliner FK als zu diesem Schiedspruch keine Erklärung ab. Die sofort einberufene Vollversammlung beschloß, der Direktion noch einen Tag Frist zu geben. Sollte der Schiedspruch bis dahin nicht anerkannt sein, so sollte der Streit sofort proklamiert werden. In Anbetracht dieser Sachlage griff das Arbeitsministerium sofort ein und erklärte den Schiedspruch am nächsten Tage von Amts wegen für verbindlich. Verhandlungen zwischen den Parteien, die sofort wegen der Nachzahlung ausgenommen wurden, brachten sehr schnell ein Ergebnis, das den Forderungen der Arbeiterchaft entsprach.

Durch den festen Zusammenhalt der gesamten Belegschaft in unserer Organisation und durch den energischen Willen, die berechtigten Forderungen evtl. auch durch einen Streit durchzusetzen, hat die Bewegung sowohl in bezug auf den Manteltarif als auch auf die Lohnfestsetzung zu einem schönen Erfolge für die Kollegen geführt.

## Es geht in unserer Bewegung wieder vorwärts.

Die Ereignisse der letzten zehn Jahre sind dazu angehen, nicht nur in der deutschen, sondern in der Menschheitsgeschichte schlechthin einen breiten Raum zu ihrer Darstellung einzunehmen. Selbst bei objektivster Schilderung der Zeit, die wir durchlebt und erlebt haben, wird sich mancher Abschnitt für die kommende Generation wie eine ferne Sage lesen. Und wie sollte es auch anders sein! Wer die Schreden des Krieges in all seinen Variationen aus eigener Erfahrung kennengelernt, der weiß, daß unser Sprachgebrauch nicht ausreicht, um die Wirklichkeit derselben so in Worte fassen zu können, daß sie bei der Nachwelt eine ganz klare Vorstellung auslösen werden. Wie dem auch immer sei, so viel steht fest, daß die harte Auseinandersetzung von Tausenden genügen mußte, um einen normal veranlagten Menschen zu bewegen, alles dafür einzusetzen, daß die Wiederholung einer trügerischen Auseinandersetzung unter den Völkern vermieden wird. Dies um so mehr, als bei der fortschreitenden Technik die Kriegsführung Formen annehmen würde, die eine völlige Vernichtung von Nationen zur Folge haben müßte. Daß diese furchtbare Zeit nicht spurlos an der Arbeiter-

## Berlin — Ostpreußen.

Goldes umflutet die Morgensterne die Dächer des Häusermeeres der Reichshauptstadt, die erbärmlichsten Mietkaternen barmherzig verschönend. Kalter Herbstwind peilt durch die Straßen, auf denen die Berliner zur Arbeitsstätte hasten; von Ost nach West, von Süd nach Nord. Die kläglichen Omnibusse rajen dahin und verfrachten die Luft. Benzindüfte sind so Berlins besondere Wahrzeichen. Die Straßenbahnen sind vollgepfropft. An den haltsreifen Hauken sich dichtgedrängt die Wartenden. Viel zu wenig Wagen fahren um die Zeit nach dem Sabinnern. Auf den Fußwegen rechts und links der Straßen schieben sich die Massen der Fußgänger vorwärts.

Berlin hat es schon früh am Tage sehr eilig. Da wird gerannt, gejagt und — geschimpft. Unter diesen Menschen lebt eine häßliche Unruhe. — gefährliche Nervosität hat sich aller bemächtigt. Diese Menschen sind frühmorgens schon mit starken Spannungen geladen. Wegen der nichtigen Anlässe gibt es Kratzei und Menschenaufauf. Unruhevoll ist der Berliner Lebensrhythmus.

Am Charlottenburger Bahnhof ist es ruhiger. Die schönen neueren Häuser mit den großen Balkons und teuren Wohnungen rufen friedlich ins Morgenjonnennlicht. Nur wenige Personen streben dem unheimlichen Bahnhofgebäude zu. Der Zug Berlin — Königsberg ist nur mäßig besetzt, als der rotbemalte Beamte das Signal zur Abfahrt gibt. Die verschlafenen puffed die Lokomotive langsam nur rilt sie den Zug durch das beengende Gemirr von Häusern und Höfen, bis endlich der letzte Berliner Bahnhof hinter uns liegt. Daß haben wir auch das sich immer mehr auflösende

Stadtbild verlassen. Man atmet in der schönen, freien Landschaft ordentlich auf. Die hohen, bläulichen gedrängten, schmutzigen Häuser mit den kleinen, finsternen Höfen hatten sich vielern auf das Gemüt gelegt. Jetzt wird man freier. Der Zug fliegt an der Station Hoppegarten vorüber dem Osten zu. Die Mark Brandenburg ist nach Süden und Westen hin schöner, als hier nordöstlich von Berlin. Dennoch erinnert hier und da der süchtig erhaschte Blick auf einen kernbemessenen Sandhügel an die schönen Bilder Leiffittows. Welt zurückgelehnt, lasse ich meinen durstigen Blick durch das Fenster schweifen. Es ist, als ralle sich der Streifen eines Films vor meinen Augen ab. Die Bilder wechseln in hunderter Folge. Die Sonne erhöht die Farbenpracht des herbstlichen Bildes. Der Bauer auf dem Felde hält den Pflug an, blickt auf von seiner Arbeit, und winkt grüßend zum Zug. Wie in Ehrfurcht ergriffen hebt er die Hand zur Mühe oder schwenkt gar das Hüthen. Welche Ruhe strahlt aus seiner Haltung. Was schert es dagegen den Berliner, wenn der Zug an ihm vorbeifährt. Er würdigt ihn kaum eines Blickes. Eisenbahnzug, weich bonate Alltäglichkeit für den Großstädter, der gar zu oft seine Arbeitsstätte nur mit der Eisenbahn erreicht. Der Landmann ist vom Wunder der Eisenbahn, mit der er ja selbst so selten fährt, noch tief ergriffen. Er salutiert die neue Zeit gewissermaßen aus dem gleichen Gefühl und den Gedanken, aus denen heraus die Berliner dem Amerika-Zeppelein jubelten.

In Küstrin hatte der Zug eben gehalten, ohne daß ich besondere Notiz davon genommen hätte. Jetzt nähern wir uns der waldreichen Gegend Schneidemühs und damit dem polnischen Korridor. Weite Strecken des Landes machen einen kläglichen Eindruck. Kein abgegriffen rogen die sonst immer grünen Kronen der Waldbäume

Bewegung — in deren Mittelpunkt die Gewerkschaften stehen — vorübergezogen ist, liegt im Bereich der Selbstverständlichkeit. Ein ungeheures Material steht daher auch den berufenen Federn für die Beschreibung der deutschen Gewerkschaftsgeschichte zur Verfügung.

Sie alle, die sich dieser dankbaren Aufgabe unterziehen, werden uns hiebei zeigen, daß die Entwicklung der letzten zehn Jahre ebenso wie die weltgeschichtliche Entwicklung nicht in einer geraden, sondern vielmehr in einer Wellenlinie sich vollzogen hat. Ob sich dabei das Auf und Ab der Bewegung zeitlich wesentlich voneinander unterscheidet, ist für eine Beurteilung des Wertes ihrer Entwicklung weniger von Belang als vielmehr die Tatsache, ob die erstere stärkere Spuren hinterlassen hat als die letztere. Nur von dem oberflächlichen Beurteiler, der den Maßstab an den Augenblick anlegt, mag daher die Entwicklung der Arbeiterbewegung als Krebsgang angesehen werden. Für den eher, der die Dinge in ihren Zusammenhängen faßt, was die Wirtschaftsgeschichte überhaupt bewegt, sieht, ist die Vorwärtsentwicklung der Gewerkschaften kein Fragment. Für ihn sind die erlittenen Rückschläge nur Epifolgen und nicht Epochen. Wenn daher all die Föhnwindstöße in unserer Bewegung auch nur einmal einen Blick in die Annalen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte geworfen hätten, dann wären sie wohl nie dazu gekommen, ob der in den letzten drei Jahren erlittenen Rückschläge — die zu beschönigen oder gar zu bestreiten der größte Fehler wäre — die Spitze ins Korn zu werfen. Unkenntnis, Verärgerung, persönliche Eitelkeitschere und was sonst noch für schöne Tugenden gibt, mögen die Ursache ihres Abpralles gewesen sein, ganz sicher aber nicht ein Handeln aus revolutionären Klassenbemühen heraus. Wir mögen einen Teil unserer Mitgliederlandes von 1919, den uns die große Sturmwelle von Neuaufnahmen damals gebracht hat, aus vorerwähnten Gründen verloren haben. Geblieben ist jedoch nicht nur der alte Stamm von Gewerkschaftlern aus der Vorkriegszeit, sondern auch der gute Kern, der damals zu uns gestoßen ist. Bei ihnen ist die Erkenntnis, bewußt oder instinktiv, gereift, daß es ohne Gewerkschaft weder eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen, noch einen Fortschritt auf kulturpolitischem Gebiete gibt.

Wie kaum eine andere Institution waren die deutschen Gewerkschaften in den letzten zehn Jahren Stürmen ausgesetzt. Härter sie bei Ausbruch des Krieges — den zu verhindern sie zu schwach waren — damit zu rechnen, daß sie durch ein zweites Sozialvergehen mit Gewalt aufgelöst wurden, so bedeutete für sie der Verlust von hunderttausenden aktiver Mitglieder, die zum Heeresdienst eingezogen wurden, eine schwere Belastungsprobe. Der Millionenzuwachs von neuen Mitgliedern, den ihnen die völlig veränderten Verhältnisse von 1918 gebracht hatten, bildete — so erfreulich dieser Zuwachs rein organisatorisch war — mit Rücksicht auf den politischen Bruderkampf, der inzwischen entbrannt war für ihr Fortbestehen sowohl als nicht zuletzt für ihre innere Fortentwicklung eine Gefahr. Dazu kam die durch den deutschen Währungsverfall hervorgerufene Finanzkrise, die ihren ganzen Organisationsapparat zu

gerichteten drohte. Trotz beispielloser Aufopferung ihrer treuen und pflichtbewußten Mitglieder wäre es unmöglich gewesen, sie in die heutige Zeit so hindergereiten, wie es geschah ist, wenn nicht die Internationale mit großen Mitteln zu Hilfe gekommen wäre. Wer all diese Dinge einer objektiven Prüfung unterzieht, der wird verstehen und begreifen, warum vieles heute so ist wie es ist und nicht wie wir es wünschen, daß es sein soll. Wenn auch Leute davon gesprochen wird, daß die deutschen Gewerkschaften alle die Krisenzustände — die schwerste Belastungsproben für sie darstellten — überwunden haben, so wäre es jedoch völlig verkehrt zu glauben, daß sie damit über den Berg hinweg sind. Riesig groß und vielfach sind die Hindernisse, die der Erreichung ihres Zieles die Umwandlung unserer heutigen Gesellschaftszustände im Wege stehen. Wenn die Gewerkschaften den Aufgaben, die durch die veränderten Verhältnisse von 1918 gestellt worden sind, gerecht werden wollen, dann bedarf es nicht nur eines reiflichen organisatorischen Zusammenstufens aller Arbeitnehmer, sondern darüber hinaus einer gewaltigen Erziehungs- und Bildungsarbeit.

Die Überleitung der Gewerkschaften mit der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen einerseits, die Unbilanzen unserer Zeit, die einen schlechten Reformboden darstellten, andererseits, haben dieser Aufklärungs- und Bildungsarbeit wenn nicht direkt hindernd, so doch hemmend im Wege gestanden.

Auf diese beiden Tatsachen, von andern Neben Umständen ganz abgesehen, ist es auch zurückzuführen, daß unserer Bewegung heute jener große Schwung, jene enthusiastische Begeisterung, jener Opferwille und Tatkraft noch etwas fehlt, durch die sich die Arbeiterbewegung immer vor jeder anderen Bewegung auszeichnet hat.

Was wir beklagen müssen, ist ferner die Tatsache, daß die Arbeit, die geleistet werden muß, immer auf den Schultern von wenigen Kollegen lastet. Jeder hebt sich gerade in dieser Beziehung auf meiner Agitationsreise, die mich von Südbayern bis nach Sachsen führte die bittere Erfahrung machen müssen, daß diese nicht nur eine bayerische Erscheinung, sondern wehr oder minder Allgemeingut ist.

Trotz all dieser Mängel, Gebrechen und Schwächen aber besteht kein Anlaß, der weiteren Entwicklung kopfhängerisch gegenüber zu stehen, denn überall habe ich unter unseren Funktionären und Betriebsräten prächtige Menschen angetroffen. Es ist ein erhebliches Gefühl, zu sehen, wie diese Kollegen oft unter recht ungünstigen Verhältnissen es verstehen, ihre stillen zusammenzuhaltenden Freizeitleistungen diese Arbeit, die sie leisten, sehr viel Mühe und Sorgfalt, die man immer gepaart antritt mit Energie und Liebe zur Sache. Wie so mancher von ihnen würde mit beiden Händen zugreifen, wenn ihm die Bildungsmöglichkeit wie den Kollegen in der Großstadt geboten wäre. Ihr geistiges Rüstzeug durch schriftlichen Verkehr mit ihren Genossen und dem Verbandsvorstand sich erhalten, sind sie im allgemeinen auf sich selbst angewiesen und gerade darum muß man ihre Tätigkeit besonders hoch einschätzen.

in die Luft. Wie man mir erzählt, hat eine in diesem Jahre besonders stark aufgetretene Raupe dies Unglück über das Land gebracht. Soweit das Auge sehen kann, sind die Kronen radikal abgestreift.

Zuf der ersten polnischen Station wird das Personal des Zuges gewechselt. Polen übernehmen den Zug, der verschlossen durch den Streifen polnischen Landes gebracht wird. Auch die Fenster müssen geschlossen gehalten werden, damit nicht unverzollte Gepäckstücke unbemerkt hinausgegeben werden können. Das deutsche Wort ist überall ausgemerzt. Alle Aufschriften auf den Bahnhöfen sind polnisch. Die Beamten oder sprechen deutsch. Daß sie im Verkehr mit den Fahrgästen höchst liebenswürdig sind, muß um der Gerechtigkeit willen gesagt werden.

Die Fahrt durch den Korridor ist sehr kurz. Schon leuchtet als deutsches Wahrzeichen vom östlichen Ufer der Nowa der Marienburg. Deutsches Personal übernimmt in dem lauberen Städtchen gleichen Namens den Zug. Elbing mit seinen großen Schiffsbauwerken ist die nächste Station. Von Elbing aus bringt mich der Zug am nächsten Tag über Modenau nach Allenstein. Ein schönes, neuerbautes Rathaus ziert diese Stadt, in der man, wie in ganz Ostpreußen überhaupt, so verschiedenartige Menschentypen treffen kann. Da gibt es noch reinhaltene Litauer, Polen, Kaschauer und angewandtes Volk. Zum großen Teile aber sind die charakteristischsten Grundzüge durch Mischungen vermischt.

Über Insterburg nach Gumbinnen ist eine interessante Fahrt für den, der die Natur liebt. Viele Strecken fruchtbarer Landes breiten sich aus. Fruchtvolles Bleh liegt auf der ausgetechnen Weide. Hier und da sind noch größere Pferdeherden daruf. Das

Rindvieh ist durchweg kräftig und, was besonders auffällt, schwarzweiß gefleckt. Hier sieht man weit und breit keine Mooskade. Der Ostpreuße rüchelt wahrscheinlich nur in der preußischen Landbesitze.

Gumbinnen ist überraschend schön angelegt. Die Straßen sind breit, die Häuser gefällig. An der Hauptstraße drängen sich große Geschäftshäuser aneinander. Schöne Anlagen durchziehen die Stadt. Insterburg dagegen das viel größer ist, hinterläßt nicht den geschlossenen Eindruck obwohl es auch schöne Anlagen aufzuweisen hat.

Litau ist jetzt nach dem Memel litauisch geworden ist, die letzte Stadt im Nordosten Deutschlands. Mit dem Memelfluß verläuft die litauische Grenze. Hüben Deutschland drüben Litauen. Zwei große parallel laufende Geschäftstraßen ermöglichen dem Fremden eine schnelle Orientierung. Bei den Schiffen an der Memel ist es interessant. Das alte Rathaus ist durchaus nicht mehr in der Lage, die Würde der Stadt zu repräsentieren. Illus in allem nimmt man einen guten Eindruck aus Litau mit, zumal wenn man die Jakobskirche und das neuere Viertel über dem Teich drüben zu besuchen nicht veräum'let.

Nebe-Pabiau nach Königsberg ist eine hummliche Fahrt. Alle kleinen Stationen werden mitgenommen. Für den Naturfreund aber gibt es lohnende Blicke. Hier liegen noch viele Strecken fruchtbarer Landes, wie wir sie in Deutschland allzu reichlich nicht mehr haben.

Königsberg, die Geburtsstätte Kants, ist nicht schön im städtebaulichen Bild. Die Mauern der ehemaligen Festung gaben zu merkwürdigen Entwürfen. Ich' erst ist diese Aufwandsdrängung durchbrochen. Draußen am Hafen entwickelt sich Königsbergs Zukunft recht lässig und fest, trotz aller Baunot. Hier liegt auch das



Es ist dies der Typ von Kollegen, die so ganz innerlich mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden sind und nur deshalb ihre ganze Kraft in den Dienst der Bewegung zu stellen vermögen. Dieses tiefe Fühlen, diese innere Verbundenheit darf aber auf die Dauer nicht beschränkt bleiben auf diesen relativ kleinen Kreis von Funktionären, sondern muß die Masse der Arbeiterschaft ergreifen. Jeder einziger von ihnen soll nicht nur organisiert sein, weil es gerade so Mode ist oder aus irgend welcher anderen schlechterhaften Vorstellungen, sondern aus dem Bewußtsein heraus, daß der einzelne als einzelner in der heutigen Gesellschaftsordnung eine Null ist, daß er nur in Erkenntnis seiner Klassenlage ein bewußter Kämpfer seiner Klasse — deren historische Mission nicht die Auslegung, sondern die Abfüllung der tatsächlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung (sprich Umordnung) ist, zu werden vermag. Neben der schwierigen Faust auch die Gehirne der Arbeiterschaft zu erobern, das heißt sie frei zu machen, sie loszulösen von jener bürgerlichen Ideologie, auf Grund deren sie losgelassen sind, daß die einzige Aufgabe und der Zweck der Gewerkschaften darin besteht, ihnen ein paar Pfennige Lohnerrhöhung herauszuholen, ist mit der vornehmsten Aufgabe der sich jeder tüchtige Kollege als mit dem feinsten Tun und Handeln zu stellen hat. Sie zu erfüllen ist weder leicht noch wird sie sich in aller Kürze zu einem sichtbaren Erfolg auswirken.

Wenn wir aber nicht veräumen, ihnen bei jeder Gelegenheit, mag es sich nun um eine Vorklärung über Lohnbewegung und Tariffragen, um sozialpolitische Gesetzgebungen usw. — die die Arbeiterschaft auf das engste berühren — sondern ihnen diese Gesichtspunkte im Zusammenhang mit den Gegenwartsfragen zu bringen, dann wird der Erfolg dieser so geleiteten Arbeit sich bestimmt lohnend auswirken.

Es ist zweifellos ein Bildnis in unserer Bewegung, daß es heute bereits wieder möglich ist, in großen Versammlungen sich über Probleme sachlich auseinanderzusetzen zu können und deshalb besteht auch die Möglichkeit, in vorerwähnter Weise die produktive Tagesarbeit mit der Zielführung zu verbinden und damit fruchtbarere Erziehungsarbeit zu gleicher Zeit zu leisten. Der gute Kern, der — wie ich bereits gezeigt habe — in unserer Bewegung verblieben ist, berechtigt uns zu sagen, daß es in unserer Gewerkschaftsbewegung nach innen und außen wieder vorwärts geht.

Wenn daher jeder einzelne noch keinen Kräfte- und Können-Vertrauen an der Bewegung nimmt, dann haben wir alle Ursache, der Zukunft frohen Mutes entgegenzusehen! R. E r h a r d t.

Es sinnt Gewalt und ist nur dies Geschlecht;  
was will, was soll, was heißt denn das Recht?  
Hast du die Macht, du hast das Recht auf Erden.  
Selbstständig schuf der Stärkere das Gesetz,  
ein Schächerbeil zugleich und Jangeneß  
für Schwächere zu werden. C h a m i s s o.

Ausstellungsgelände der Dismesse. Das Schloß hinterläßt keinen abgegriffenen Eindruck. Verschiedenerlei Baustile zusammengepackt, ergeben zu starke Disharmonien. Das Gewerkschaftshaus ist nicht allzufern. Eine Schlachtküchle dort zu essen, kann allen Besuchern der Stadt nur empfohlen werden.

Sehr lohnend für uns Landratten ist eine Fahrt von Königsberg nach Pillau. Hier finden wir einen Hafenbetrieb in keinem Ausmaße, aber für uns Rutschende doch groß genug, um unsern Anreize ganz gefangen zu nehmen. Stundenlang fesseln uns die neuen Eindrücke. Wenn gar die See ein wenig grüßt, dann nach der Mole hinauszuwandern oder am Strande entlang zu spazieren sind unbegreifbare Genüsse. Das herrliche, gewaltige Meer mit seinen tausend Wundern — — — Doch was will ich. Heinrich Heine erzählt uns so viel Schöner davon.

Eine Fahrt nach Ostpreußen dürfte sich immer lohnen. Ich kam nach dieser nordöstlichen Provinz im Auftrage unseres Verbandsvorstandes. Die Werbeweche für die Reichs- und Staatsarbeiter gab Veranlassung zu diesem Auftrage. Und es ist schon zu sagen. Hier unter diesen Menschen zu werden macht Freude. Überall traf ich gesinnungserwandte Kämpfer. In allen Städten, die ich besuchte, fand ich Kollegen die sich aus tiefster Ueberzeugung um unser Verbandsleben bemühen. Wie ganz anders als in Berlin spielen sich hier die Diskussionen ab. Diese Ostpreußen sind ruhiger, abgeklärter. Wohl leben hier dieselben Gegensätze wie in Mitteldeutschland. Aber diese Menschen tragen sie mit viel mehr Ruhe und Gelassenheit aus. Hier ist man durchaus nicht so gereizt und leicht aufregbar. Man sagt keine Meinungen und hört sich die gegenwärtige mit aller Ruhe an. Mit der Zeit geht man nicht. Auf eine

## Der Wert der sozialen Einrichtungen in den städtischen Betrieben.

Die sozialen Einrichtungen (Krankengeldzuschuß, Urlaub, Bezahlung der Wochenfeiertage, Alters- und Hinterbliebenenversorgung) sind oft Gegenstand der Erörterung bei den Lohnverhandlungen. Fortgesetzt wird der viel zu niedrige Lohn der städtischen Arbeiter damit begründet, daß auch noch die sozialen Einrichtungen gewährt werden, die mit mindestens 10 bis 15 Proz. des Lohnes angerechnet werden müßten. Soziale Einrichtungen sind aber nur dann sozial, wenn sie neben einem auskömmlichen Lohne bestehen. Wenn erst die Arbeiter durch Niedrighalten der Löhne den Wert der sozialen Einrichtungen aufbringen sollen, dann sind sie alles andere, nur nicht sozial, und die Stadtverwaltungen haben kein Recht, von den Lasten der sozialen Einrichtungen zu sprechen, da die Arbeiter die Träger sind. Diese Einrichtungen haben oft einen recht fragwürdigen Wert. Die Alters- und Hinterbliebenenversorgung ist für die Arbeiter von großer Bedeutung, da mancher denkt, im Alter etwas zu erhalten. Es steht fest, daß in den meisten Fällen die Arbeiter kein klagbares Recht darauf haben. In normalen Zeiten sind daraus Nachteile kaum entstanden. Aber anders war es während der Inflationsperiode.

Die Stadt Hannover gewährt im Falle der völligen Arbeitsunfähigkeit den städtischen Arbeitern nach 10 Dienstjahren  $\frac{2}{100}$  des zuletzt bezogenen Lohnes, steigend mit jedem weiteren Dienstjahre um  $\frac{1}{100}$  bis zu 30 Dienstjahren, von da ab jährlich um  $\frac{1}{100}$ , bis mit 40 Dienstjahren der Höchstatz von  $\frac{22}{100}$  erreicht wird. Diese Einrichtung wurde geschaffen durch Beschluß der städtischen Kollegien im Jahre 1904. Es wurde ausdrücklich darin betont, daß die Arbeiter kein klagbares Recht darauf haben.

Im Jahre 1919 wurde mit der Stadtverwaltung ein Tarifvertrag abgeschlossen. In diesem Tarifvertrag wurde ein Paragraph aufgenommen, der den Arbeitern ein klagbares Recht auf die Pensions-einrichtungen gab. Die Unterhändler des Magistrats konnten ihre Zustimmung zu diesem Paragraphen nicht ohne weiteres geben, weil damit Bestimmungen aus dem Ortsstatut aufgehoben waren, die den Arbeitern ein klagbares Recht nicht zugestanden. Erst durch Zustimmung der Finanzkommission wurde der Paragraph des Tarifvertrages angenommen. Der örtliche Tarifvertrag ist im Jahre 1922 abgelaufen, und an seine Stelle trat der Reichsmantel-tarifvertrag. In den nunmehr geschaffenen Zusatzartikeln wurde die Bestimmung des klagbaren Rechts nicht mehr aufgenommen, da sie überflüssig war. Diese Bestimmung konnte nicht mehr Bestandteil des Tarifvertrages sein, sondern war ohne Zweifel im Ortsstatut an die Stelle getreten. Die den Arbeitern ein klagbares Recht nicht zugestanden. Das letztere war ohne Zweifel beseitigt, da zwei nebeneinanderlaufende, sich widersprechende Bestimmungen nicht bestehen konnten. Keine Stelle hatte daher ein Recht, eine beseitigte Bestimmung wieder aufzuerstehen zu lassen, es sei denn durch einen Beschluß der städtischen Kollegien.

Stunde kommt es nicht an. Zumal da nun die Kartoffeln hereingebracht sind, da hat man nicht mehr zu verlieren. Eine Versammlung, die um 6 Uhr angeht, beginnt nach 7 Uhr immer noch zeitig genug. Man hat sich ja in der Zwischenzeit so viel zu erzählen. Und nach der Versammlung reicht man sich die Hand zum Abschied. Wehrmanns mußte ich jedem einzeln die Hand zum Abschied drücken. Wenn ich aber nach der Versammlung gar noch im Kreise der Versammlungsbesucher am Bertisch Platz nahm, dann war damit das Band persönlicher Freundschaft und des unerschütterlichsten Vertrauens geknüpft. O, es ist doch etwas Wunderbares um die Ruhe und vertrauensvolle Natürlichkeit des von Bertiner Unrast und Mißtrauen noch nicht infizierten Ostpreußen.

Die Welt ist so groß, so weit, so schön und der Menschen gibt es so viele. Gibt es einen größeren Genuß, als Land und Leute der Welt kennen zu lernen? „Es würde besser gehen, wenn mehr gingen,“ ruft Seume uns zu. Die Schönheit der Welt, die ihn so begeistert, macht auch uns froh. Wer fühlte in sich nicht lebendig die Sehnsucht nach jenem Trunke vom Iteberfluß der Welt? Aber schwer hängen an uns die Ketten unserer sozialen Fesseln. Dem Armen ist die Welt verschlossen. „Bergt'ertes Land“ nennt Mag Barthel seine Fahrnotizen, die uns von Oberitalien berichten. Bergt'ertes ist uns Lohnkellern die Welt. Unser Kampf um einen höheren Anteil vom Ertrag unserer Arbeit und um soziale Regelung unseres Arbeitsvertrages wird uns enge fesseln, wenn einmal in allen Köpfen des Proletariats die Einsicht von der Notwendigkeit dieses Kampfes lebendig ist. Unser ist die Welt, wenn wir nur wollen. Daran mußte ich auf der Rückfahrt nach Berlin denken. D. R u r p e t.

In den Jahren 1919—1922 wurden eine Anzahl Arbeiter pensioniert. Die Pensionshöhe war während der Inflationsperiode so gering, daß von dem ganzen Monatslohn nicht ein Brot gekauft werden konnte.

Ein Altspensionär klagt nun gegen die Stadt Hannover um Gewährung einer höheren Rente. Nach monatelangem Verhandeln hat jetzt das Gericht entschieden, daß der Arbeiter kein klagbares Recht hat, und zwar weil nach dem Beschluß der städtischen Kollegien vom Jahre 1904 den Arbeitern ausdrücklich kein klagbares Recht zustand und der Tarifvertrag, der den Arbeitern ein klagbares Recht gab, abgelaufen war und diese Bestimmung später nicht erneuert wurde. Das Urteil ist ein Fehlurteil. Der Arbeiter wurde pensioniert, als der Tarifvertrag noch bestand. Der Arbeiter hatte also bei seiner Pensionierung ein klagbares Recht. Kann nun dieses Recht für einen Pensionierten verloren gehen, wenn spätere Tarifverträge das nicht mehr ausdrücklich betonen? Wie konnte der Richter aber eine durch Tarifvertrag bestätigte Bestimmung aus einem Beschluß der städtischen Kollegien wieder aufleben lassen. Ein Beschluß der städtischen Kollegien, diese Bestimmung wieder aufzunehmen, liegt nicht vor. Schon aus die'm Grunde ist das Urteil nicht haltbar. Auch ein Wohnrechtsrecht läßt der Richter nicht gelten. Natürlich kann man auch anders. Als der frühere Direktor Körling vom Gaswerk, das damals Eigentum der ICGA war und der bereits pensioniert war, als die Stadt das Gaswerk käuflich erwarb, gegen die Stadt Hannover auf Gewährung einer Rente klagte, wurde die Stadt verurteilt, dem Herrn Direktor eine Rente zu zahlen, da der Herr ein wohlverdienendes Recht darauf hat. Gilt nun gleiches Recht für alle oder nicht? Auch hier war der Kläger bei der ICGA beschäftigt und in den letzten Jahren bei der Stadt. Die ICGA gewährte ihren Angestellten und Arbeitern eine Pension. Bei der Übernahme des Werkes durch die Stadt wurde zwischen Gesellschaft und Stadt ein Vertrag abgeschlossen, worin festgesetzt wurde, daß die Stadt die Verpflichtungen der Gesellschaft gegen Angestellte und Arbeiter übernimmt. Hat die Stadt diesen Vertrag gehalten? Auch aus die'm Grunde ist es befremdend für eine Schwurgericht, sich mit einem verbrauchten, ausgereizten Arbeiter vor Gericht wegen einiger Beitzelpennige herumzuschlagen.

Dieser Fall beweist, welchen fraglichen Wert die sozialen Einrichtungen haben. Einmal sollen sie schon in der Entscheidung mit berechnet werden, und hinterher bekehrt uns ein unverständliches Urteil, daß es im Bekleben der Stadt liegt, ob und in welcher Höhe Pension gezahlt wird. Die Alters- und Hinterbliebenenversorgung ist in der jetzigen Form für die Arbeiter nicht viel wert. Für erbärmlich niedrige Löhne haben die städtischen Arbeiter lange Jahre im Dienste der Allgemeinheit Gesundheit und Kraft geopfert, aber mit dem Gedanken, daß im Alter für sie gesorgt ist. Das Ende ist eine arge Enttäuschung. Daß dies anders werden muß, dafür haben die städtischen Arbeiter mit Hilfe ihrer freien Gewerkschaft zu sorgen.

F. Reichner.

• Aus unserer Bewegung •

**Gen Brandenburg.** In den im Laufe des Monats stattgefundenen Lohnverhandlungen wurden nachstehende Stundenlöhne vereinbart: Für Königswusterhausen: Handwerker 70 Pf. pro Stunde, Angelernte 60 Pf. pro Stunde, Ungelernte 55 pro Stunde. Dazu eine Frauen- und Kinderzulage von je 3 Pf. pro Stunde. Für Bernau: Handwerker 75 Pf. pro Stunde, Angelernte 65 Pf. pro Stunde, Ungelernte 55 Pf. pro Stunde. Unter Vorbehalt von Zahlung der Leistungszulagen in jeder Gruppe. Sozialzulagen kommen in Fortfall. Für Sachsenhausen (Gaswerk): Handwerker 68 Pf. pro Stunde, Ofenhauerarbeiter 68 Pf. pro Stunde, Angelernte 57 Pf. pro Stunde, Ungelernte 52 Pf. pro Stunde. Dazu Frauen- und Kinderzulage von je 3 Pf. pro Stunde. Für Rüdersdorf (Gaswerk): Handwerker 68 Pf. pro Stunde, Ofenhauerarbeiter 64 Pf. pro Stunde, Angelernte 56 Pf. pro Stunde, Ungelernte 51 Pf. pro Stunde. Dazu Frauen- und Kinderzulage von je 3 Pf. pro Stunde.

**Bezirk Hamburg—Niederelbe—Lübeck.** Der Lohnkampf fand soweit es sich um Festsetzung neuer Löhne handelte, am 11. dieses Monats seinen Abschluß. Der Zen ralausschluß, der beide Parteien am 6. November d. J. nach 14-tägiger Verschleppung vor sein Forum lud, glaubte keine in dieser Lohnbewegung unrühmliche Tätigkeit mit der Bestätigung des Bezirkschiedspruches trönen zu müssen. Nur dem einseitigen Verhalten der beiderseitigen Parteirepräsentanten unter Mitwirkung eines Vertreters vom Reichsarbeitsministerium ist es zu danken, daß der dröhnende Streit im Ge am bezirk vermieden werden konnte. Die Richter der Arbeitnehmer lehnten nach Bekanntgabe des Schiedspruches diesen sofort ab, worauf der Arbeitgebervertreter die Verbindlichkeitserklärung beim Reichsarbeits-

ministerium beantragte. Die am gleichen Tage nachmittags im Reichsarbeitsministerium aufgenommenen Verhandlungen führten zu folgenden Erhöhungen der Löhne:

Männliche Arbeiter über 21 Jahre im Lohngebiet A:

Lohnklasse I Ungelernte	Neuer Lohn pro Stunde	Lohnklasse II Kugelernte	Neuer Lohn pro Stunde	Lohnklasse III Gelernte	Neuer Lohn pro Stunde
6 Pf.	64	5 Pf.	56	4 Pf.	68
6 -	65	5 -	59	4 -	68
6 -	64	5 -	60	4 -	68

Männliche Arbeiter von 18—24 Jahren erhalten die gleichen Erhöhungen auf ihre bisherigen Lohnsätze. Für die weiblichen Arbeiter beträgt die Erhöhung 75 Proz. der Männerbeträge.

Die Löhne stehen jetzt wie folgt: In Lohnklasse I 40, 41, 42 Pf., in Lohnklasse II 42, 44, 46 Pf., in Lohnklasse III 48, 50, 52 Pf. für die Stunde.

Für das Lohngebiet Lübeck gilt die gleiche Vereinbarung und betragen die neuen Löhne für männliche Arbeiter über 21 Jahre ab 1. November 1924 in Lohnklasse I 47, 48 49 Pf., in Lohnklasse II 50, 51 52 Pf., in Lohnklasse III 54, 57, 60 Pf.

Die Vereinbarung läuft bis 31. Dezember und ist erstmalig am 16. Dezember kündbar.

Vom 12. bis 31. Oktober erhöhen sich die Lohnsätze einheitlich um 4 Pfennig, wie der Hamburger Schiedsspruch dies vorsah, vom 1. November tritt die weitere Erhöhung ein, so daß sich die in den vorhergehenden Lohnsätzen stehenden, in Tabelle 1 genannten Erhöhungen ergeben. Mit Ausschluß von Bremen hat somit im Wirtschaftsgebiet Nord-West die gemeinschaftlich eingeleitete Aktion ihren Abschluß gefunden.

**Innsbruck.** In der gut besuchten Werberversammlung am 20. Oktober 1924 referierte Kollege Kurpat über „Die Reichs- und Staatsarbeiter im Kampf um auskömmlichen Lohn und soziales Recht.“ Auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung hinweisend, wies er nach, daß nur eine geschlossene in der Organisation stehende Arbeiterkraft in der Lage gewesen ist und sein wird, dem Arbeitgeber gegenüber ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Er hob ganz zutreffend das im Obrigkeitsstaat einseitig bestandene Arbeitsrecht hervor und stellte im Vergleich die zwar noch verbesserungsbedürftigen aber zu beachtenden rechtlichen Tarifverträge hin. Von der weiteren Entwicklung unseres Arbeits- und Tarifrechts könne nur die Rede sein, wenn die Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben von dem Realisationsrecht Gebrauch machen und auch den letzten, be anders d. h. jenen, die immer noch glauben, alles Gute kommt von oben, der Organisation zuführen. Als Christoffel sagte es, sich vom Feind zu trüben aber den Erfolg der Gewerkschaftsarbeit einzusehen. Die wirtschaftliche Lage kennzeichnend sei es Utopie, zu glauben, nur lange Arbeitszeit und geringer Lohn sei das Rezept zur Gesundung Deutschlands und führe zur Verbilligung der Produktion. Umgekehrt ließe die Dinge. In den Ländern, wo der Arbeiter gut bezahlt wird lebt eine gesunde Wirtschaft.

Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten, Fragen wurden richtiggestellt und Beschwerden sollen untersucht werden. Zur Lohnfrage und Haltung des Finanzministeriums soll eine Sektionsversammlung am 4. November d. S. Stellung nehmen. Die Filiale kann mit dem Verlaß der Versammlung zufrieden sein.

Beamte, Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter

**Hannover.** In der sehr gut besuchten Versammlung der Reichs- und Staatsarbeiter sprach Kollege Müller über: „Die Hungerlöhne der Reichs- und Staatsarbeiter und die Verschleppung der Lohnverhandlung durch die Reichsrentierung.“ In lebhafter Ansprache wurde das Verhalten der Regierung gegenüber der Notlage der Arbeiter scharf verurteilt. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen und sofort dem Reichsfinanzminister zugesandt:

„Die am 12. November in Hannover versammelten Reichs- und Staatsarbeiter erwidern in der Haltung der Regierung bezüglich der Lohnverhandlung eine sehr ablehrende Verschleppungspolitik. Da kein Preisabbau, sondern eine Versteuerung der Lebensmittel eingetreten ist, sollte diese Tatsache die Regierung veranlassen, die schon seit langer Zeit ungewöhnlichen Löhne der Reichsarbeiter der Eruerung entsprechend zu erhöhen. Bei ihrem jetzigen Lohn ist es ihnen nicht möglich, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Im Interesse der Menschlichkeit und in Hinblick auf ihre notleidenden Familien fordern die Versammelten von der Reichsregierung unverzügliche Aufnahme der Lohnverhandlungen und eine wesentliche Aufbesserung ihrer Bezüge. Falls die Regierung den berechtigten Forderungen noch länger Widerstand entgegensetzt, sind die Versammelten geneigt, sich mit allen gewerkschaftlichen Mitteln eine menschenwürdige Existenz zu erkämpfen.“

Ein jeder lebe, ob er gehen kann,  
doch keiner sei so hündisch, daß er blege  
sein Knie in Furcht vor einem andern Mann.  
John Henry Wadew.



• Aus den deutschen Gewerkschaften •

An die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften!

Uns geht folgender Aufruf zur Veröffentlichung zu:

Zum zweiten Male in diesem Jahre werdet Ihr an die Wahlen teilnehmen. Der Inflations-Reichstag, eine zu ernster gesetzgeberischer Arbeit unfähige Körperschaft, ist aufgelöst und in die Hand der Wähler ist von neuem das Schicksal des Deutschen Reiches gelegt worden.

Vor dem Kriege galt die deutsche Arbeiterklasse als die politisch am besten geschulte der Welt. Einig und geschlossen sandte sie bei jeder Wahl in wachsendem Maße ihre Vertreter in den Reichstag und damit wuchs von selbst ihr politischer Einfluß, soweit er in einem Staate, in dem der Reichstag nicht viel mehr als ein schönes Dekorationsstück war, wachsen konnte.

Heute ist der Reichstag ganz etwas anderes. Heute geht die politische Macht vom Volke aus, und der Reichstag ist berufen, diese Macht zu verkörpern. Wie er zusammengesetzt ist, ist die Regierung zusammengesetzt, die er halten oder stürzen kann, je nachdem er Ihre Arbeit bewertet. So wählt heute der Wähler nicht nur den Reichstag, er wählt auch die Regierung. Seine Verantwortung bei der Wahl ist damit gegen früher gewaltig gewachsen. Und in dieser Zeit steht die deutsche Arbeiterklasse nicht mehr einig und geschlossen da. Anstatt dem gemeinsamen Gegner auf weltanschaulichem und politischem Gebiet auch dort in geschlossener Front gegenüberzutreten, wo die Machtverhältnisse gesetzliche Formen erhalten, wüten die Arbeiter gegeneinander, wobei sie ihre eigene Macht erförern. Der Krieg und das Elend der ihm folgenden Jahre haben die politische Erziehung der heranwachsenden Generation verhindert. Das Schlagwort konnte an die Stelle der politischen Einsicht treten. Das muß wieder anders werden.

Es wird von den Leuten, die sich Kommunisten nennen und die geschäftsmäßig die Zermürbung und Zerstörung der Arbeiterorganisationen von innen aus betreiben, sowohl vom Klassenkampf geredet. Dabei drücken sie eine der wichtigsten Stellen des Klassenkampfes auf den Boden einer Radaubühne hinunter, in dem Bestreben, den Reichstag und den Parlamentarismus den Arbeitern zu vereiteln. Oder ist der Reichstag keine Stütze des Klassenkampfes? Ist es für die Arbeiter ohne Bedeutung, ob dort wüste Lärmhorden aufgeführt werden oder praktische Arbeit geleistet wird?

Wo wird die Frage entschieden, ob wir den gesetzlichen Achtstundentag wieder bekommen sollen? Im Reichstag. Wo wird das Arbeitsgerichtsgesetz, das Arbeitsvertragsgesetz, die Schlichtungsordnung, das Tarifgesetz gefaßt? Wo wird die Arbeitslosenversicherung geschaffen und wo wird die Reichsversicherungsurordnung den Verhältnissen angepaßt? Im Reichstag.

Wo all'in ist es möglich, das Koalitionsrecht zu sichern und die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften durchzusetzen? Im Reichstag. Wo wird die Verteilung der Steuern gesetzlich geregelt, die der Dawes-Plan uns gebracht hat? Wo wird über die Zollpolitik entschieden? Im Reichstag. Mit all diesen Dingen wird sich der Reichstag, der am 7. Dezember gewählt wird, zu beschäftigen haben.

Gewerkschaftsmitglieder! Ihr seht, es handelt sich bei der Wahl nicht allein um hochpolitische Fragen, es geht auch um Euer besonderes Recht. Es geht um die Bedingungen, unter denen Ihr in der Fabrik und in der Werkstatt arbeiten sollt. Es geht um Euer tägliches Brot. Eure Klasseninteressen sind es, um die im Reichstag gekämpft wird. Und dieser Kampf kann nicht mit Anderertropfen geführt werden. Wie es die Kommunisten tun, es gilt, ernste sachkundige Arbeit zu leisten.

Gewerkschaftsmitglieder! Es gibt nur eine Partei, auf die in all diesen Fragen Verlaß ist. Das ist die Sozialdemokratische Partei. Die bürgerlichen Parteien sind alle mehr oder weniger abhängig von Euren Klassengegnern, den Unternehmern. Von ihnen könnt Ihr keine Hilfe erwarten. Und die Kommunisten? Gerade: Ihr habt Gelegenheit, deren Spaltungsarbeit zu beobachten. Sie sind auf ausländischen Befehl hin nichts anderes als die Helfershelfer der Reaktion, die Verderber der Arbeiterklasse.

Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen! Gebt Eure Stimme der Sozialdemokratischen Partei! Sie war es, die Euch

durch ihre Volksbeauftragten erst das Wahlrecht im Reich, Land und Gemeinde gegeben hat, damit der politischen Einflußlosigkeit des weiblichen Teils der Bevölkerung ein Ende gemacht werde.

Die deutschen Arbeiter müssen ihrem alten Ruf wieder Ehre machen und Ihr, Gewerkschaftsmitglieder, Ihr seid der Vortrupp. Laßt Euch nicht einengen von Schlagworten. Werbt für die Partei ernster proletarischer Arbeit. Wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1923. Die Statistik über Stärke und Leistungsfähigkeit der Verbände im Jahre 1923, die das jüngste Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes enthält, steht im Zeichen des im Berichtsjahr eingetretenen völligen Währungszerfalls. Die Kasstenübersicht in Milliarden Mark angegeben, ist beschränkt auf die Einnahmen der Verbände, die Ausgaben in zusammengezogenen Gruppen und den Nachweis der Vermögensbestände am Schluß des Jahres. Selbst diese in gedrängter Form gegebene Uebersicht hat keine praktische Bedeutung. Vergleich dieser Zahlen mit denen früherer Jahresstatistiken können nicht angestellt werden. Auch die Angaben der einzelnen Verbände zueinander sind nur bedingt vergleichbar. Die Zusammenstellung hat lediglich den Wert, die verhängnisvolle Wirkung des Niederganges anschaulich und dieses Bild für die Zukunft festzuhalten. Dem ADGB waren am Ende des Jahres 44 Verbände angeschlossen gegen 49 im Vorjahre. Die Verbände der Glaser und Töpfer gingen zum Bauergewerksbund über, die Hausangestellten schlossen sich dem Verkehrsband und die Schiffszimmerer dem Metallarbeiterverband an. Die Poliere zählten seit dem 1. Januar 1923 zum AZB-Bund. Der Mitgliederbestand der Verbände im einzelnen am Schluß des Jahres 1923 ist folgender: 1. Asphaltreure 710, 2. Bäcker und Konditoren 55 121, 3. Bauergewerksbund 490 904, 4. Bekleidungsarbeiter 108 807, 5. Bergarbeiter 299 811, 6. Böttcher 10 155, 7. Buchbinder 57 500, 8. Buchdrucker 67 477, 9. Chorführer 3 835, 10. Dachdecker 9 984, 11. Eisenbahner 287 879, 12. Fabrikarbeiter 522 294, 13. Feuerwehrmänner 2 135, 14. Film- und Kinoangehörige — 15. Fischer 15 720, 16. Friseurgehilfen 4 444, 17. Gärtner 13 258, 18. Gemeinde- und Staatsarbeiter 211 465, 19. Glasarbeiter 30 116, 20. Graphische Hilfsarbeiter 32 744, 21. Holzarbeiter 377 025, 22. Hotel-, Restaurant- und Café-Anestellte 37 175, 23. Hutarbeiter 24 630, 24. Kupferschmiede 7 445, 25. Kürschner 6 460, 26. Landarbeiter 101 503, 27. Lebensmittel- und Getränkearbeiter 69 459, 28. Lederarbeiter 46 634, 29. Lithographen 19 520, 30. Maler 47 413, 31. Maschinisten 64 995, 32. Metallarbeiter 1 291 761, 33. Musiker 18 004, 34. Porzellanarbeiter 72 464, 35. Sattler, Tapezierer und Portefeulier 37 500, 36. Schmiedemeister 2 923, 37. Schuhmacher 100 983, 38. Schneider 11 200, 39. Steinarbeiter 47 123, 40. Steinleger 9 519, 41. Textilarbeiter 81 934, 42. Textilarbeiter 605 158, 43. Verkehrsband 408 240, 44. Zimmerer 93 336, zusammen 5 749 763. Außerdem haben Mitglieder, die zum AZB-Bund übertraten, die Verbände: Eisenbahner 30 392, Feuerwehrmänner 6 103, Gemeinde- und Staatsarbeiter 8 090, Maschinisten 1 000, Musiker 2 000 und der Verkehrsband 20 000. Von der Allgewerkschaft wurden keine Angaben über die Mitgliederzahl gemacht. — Für die Beurteilung der Mitgliederentwicklung in Jahresabschnitten sind die Durchschnittszahlen der Berichtsjahre maßgebend. Im Jahresdurchschnitt tritt der Verlust an Mitgliedern nicht so stark wie bei den Endzahlen hervor. Es zählte der ADGB im Durchschnitt des Jahres 1923 insgesamt 5 273 202 männliche, 1 526 155 weibliche, 263 801 jugendliche, zusammen 7 063 158 Mitglieder. Die Gesamtzahl verminderte sich gegen das Vorjahr um 831 907 gleich 10,5 Prozent. In diesem Verlust sind eingeschlossen die Poliere, die zum AZB-Bund zählten, und die Mitglieder, die nun dem ADGB angeschlossen sind. Von den an der Statistik beteiligten Verbänden hatten im Jahresdurchschnitt 14 über 100 000, 9 über 50 000 bis 100 000 und 20 unter 50 000 Mitglieder. Zu der ersten Größenklasse gehören die nachfolgenden Verbände, die im Jahresdurchschnitt die beaeftigten Mitgliederzahlen aufweisen: Metallarbeiter 1 543 498, Textilarbeiter 689 465, Fabrikarbeiter 674 349, Bauergewerksbund 526 005, Verkehrsband 499 563, Holzarbeiter 422 373, Bergarbeiter 372 634, Eisenbahner 367 792, Gemeinde- und Staatsarbeiter 252 590, Landarbeiter 237 714, Bekleidungsarbeiter 141 833, Schuhmacher 109 119, Talarbeiter 104 998 und Zimmerer 104 126. — Der starke Verlust an Mitgliedern, den die Gewerkschaften im Herbst 1923 erlitten, zeugt nicht gegen ihre Lebensfähigkeit. Er war die Folge eines Schlages, der die ganze Volkswirtschaft lähmte. Städt der Blutumlauf des wirtschaftlichen Körpers, so müßten alle Teile davon betroffen werden. Die Gewerkschaften sind aber ungemünzt wichtige Bestandteile der Wirtschaft. Ein völliges Verfallen der organisierten Arbeiterarmen ist undenkbar, solange eine kapitalistische Produktion besteht. Wegen arbeiterfeindlicher Kreise aus dem Mitgliederverlust der Gewerkschaften die Hoffnung auf ihren völligen Aufkommenbeschöpfen, sie werden diese Hoffnung wieder begeben müssen. Mit dem Aufstiege der deutschen Wirtschaft wird es auch wieder aufwärts gehen mit den Gewerkschaften.

Rundschau

Ausbau der Gemeinwirtschaft. Die sächsische Landesstelle für Gemeinwirtschaft hat in ihrer letzten Gesamtsitzung nach eingehenden Beratungen Entschlüsse angenommen, die unser wichtigstes Interesse erwecken. Nach dem Hinweis auf die Entwicklung der Elektrizität zu einer Zentral- und Universalkraft wird die Notwendigkeit einer guten und billigen Versorgung des Volkes mit elektrischer Energie gefordert. Wirtschaftliche, soziale, hygienische und kulturelle Gründe werden für die Notwendigkeit einer allgemeinen und umfassenden Verwendung der Elektrizität angeführt. Eine Verbilligung des Stromes sei notwendig und könnte durch höchste Konzentration der Energieerzeugung und eine planmäßige Verteilung der Energie nach sozialen Gesichtspunkten unter Ausschluß jedweder privaten Einzelinteressen erreicht werden. Für die Kraftverorgung wird deshalb eine gemeinwirtschaftliche Organisation verlangt, da nur Gemeinwirtschaft das gesteckte Ziel erreichen läßt. Im Abschluß der Entscheidung heißt es wörtlich:

„In Sachsen hat die staatliche Elektrizitätsversorgung in den acht Jahren ihres Bestehens trotz der durch den Krieg und die Nachkriegszeit verursachten Schwierigkeiten eine vielversprechende Entwicklung genommen. Die sächsischen Werke stellen (auch in ihrer heutigen Form als Aktiengesellschaft) eine gemeinwirtschaftliche Organisation mit Selbstverwaltung dar, deren Ausbau in höchster Eile unter Berücksichtigung aller Interessen des Lebens auf eine höhere Stufe zu heben vermag.“

Beim weiteren Ausbau der „Sächsischen Werke“ sollen alle Energiequellen, Wasserkraft wie Kohlengewinnung, in die gemeinwirtschaftliche Organisation einbezogen werden, damit die Energieverteilung einheitlich und rationell vorgenommen werden könne. Die Geldmittel, die hierfür aufgewandt werden müssen, seien produktiv bei höchster Ertragsleistung angelegt und verbesserten die Finanzen des Staates. Sie führten aber auch, und das ist das Wichtigste, zu größerer Verbilligung der Energie, zur höchsten Steigerung der Produktivität und tragen somit zum allgemeinen Wohlstand bei. Es wird darum verlangt: 1. die möglichste Ausschaltung des heute noch bestehenden Kettenhandels in der Elektrizitätsversorgung. 2. Anwendung der Elektrizität für Koch- und Heizzwecke. 3. Die führende Beteiligung an der Ferngasversorgung. 4. Die Ermöglichung direkter Hausbrandversorgung, evtl. in Verbindung mit den Gemeinden und Genossenschaften. Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft sieht in der Lösung dieser Aufgaben eine konsequente und notwendige Weiterleitung der Aufgaben des Staates. Sie die sächsische Regierung im Jahre 1916 schon in einer Denkschrift anerkannt und im Angriff genommen hat, aber auch die Verpflichtung des Staates, die wirtschaftliche Lage des Volkes durch gemeinwirtschaftliche Einrichtungen zu heben, die keine bloßredende Spekulation, sondern erprobte Realitäten sind. In einer weiteren Entscheidung wird auf die gemeinwirtschaftliche Regelung der Milchversorgung hingewiesen. Da ein Reichsmilchgesetz nicht zu erwarten sei, wird die gesetzliche Regelung durch die Länder verlangt, während man den Städten nahelegt, mit der Einrichtung von Milchzentralen nach den Vorbildern von Mannheim und Nürnberg zu beginnen. Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft stellt in Aussicht, bald mit entsprechenden Anträgen hervorzutreten. Nach dem fürchterlichen Durcheinander in der letzten Inflationszeit konsolidieren sich langsam die Verhältnisse, so daß nunmehr auch dem Ausbau der Gemeinwirtschaft wieder mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden kann. Im allzu starken Uebermaß ist während der Inflationszeit auf diesem Gebiete nur zu viel zerklüftet worden. Aber jetzt sind wir über den Berg. Wenn sich die deutsche Arbeiterschaft wesentlichen Einfluß zu verschaffen vermag, geht es mit der Gemeinwirtschaft bald wieder vorwärts und aufwärts.

Teuerung und Reichsindex. Wenn bei gleichbleibenden Löhnen die Preise der Waren steigen, so merkt das zuerst der Lohnarbeiter. Gar bald muß er seinen Leibriemen enger schnallen. Prompt registriert der Arbeiterhaushalt jede Preissteigerung. Lohnabbau und Preissteigerung sind für den Arbeitermagen ein und dasselbe. Der beste Seismograph für Preiserhöhungen ist die Küche des Arbeiters. Kein Wunder also, daß sich der deutschen Arbeiterschaft eine ungeheure Erregung bemächtigt hat, nachdem in den letzten

Wochen und Monaten die Preise fortschreitend gestiegen wurden. 20 Proz. Warenpreissteigerung bedeutet 20 Proz. verschlechterte Lebenshaltung. Und Hunger tut weh! ... Merkwürdigerweise registrierte die amtliche Meßzahl — der Reichsteuerindex — die Veränderung der Preislage weniger gewissenhaft. Den ganzen August hindurch meldete er Preisruhelage, während die Lohnempfänger empfindliche Erhöhungen ihrer Ausgaben feststellen mußten. Und auch in der Zeit weiteren Anstiegens der Preise, folgte der Reichsindex nur zögernd. Scharfe Anträge auf diese Art Teuerungsfeststellung waren die unausbleibliche Folge. In Nummer 40 und 42 unserer „Gewerkschaft“ wird scharf gegen den Reichsteuerindex Stellung genommen und sein Versagen offen beklagt. Immer mehr zeigte sich, daß außer den Unternehmern kein Mensch mehr diese Teuerungszahl ernstzunehmen gewillt war. Was hätte näher gelegen, als das Ansehen des Reichsteuerindexes schnellstens zu reparieren? Aber daran ist den verantwortlichen Herren schmeibbar wenig gelegen. Erst für die nächste Woche ist die Unterfornung nach Berlin berufen. Erlange die nicht Mittel und Wege zu einer besseren und durchschlagenderen Feststellung der Teuerungsmessung gefunden hat, reicht der Reichsteuerindex als anerkannter Maßstab nicht aus.

Briefkasten

M. B. Königsberg. Gebieth gut gemeint, aber schlecht gemeint, infolgedessen nicht verwertbar.

Eingegangene Schriften und Bücher

Gewerkschaftliche Jugendbühnerei, Band I: Alexander Knoll, Handwerksgehilfen und Lehrlinge im Mittelalter, 144 Seiten. Berlin 1924. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14. Preis 1 Mk.

Das Jugendsekretariat des ADGB beginnt mit diesem Bändchen die Herausgabe einer neuen Sammlung von Jugendbüchern, die die Arbeit der jungen Gewerkschafter und andere mit den Problemen der modernen Arbeiterbewegung betraut zu machen. Der vorliegende erste Band bezieht sich auf die Arbeiterbewegung und vertritt die Aufgabe der ersten Organisationsformen des Gewerkschafts, deren Charakter und Tätigkeitsform. An Hand einer großen Zahl historischer Urkunden läßt er die Frühverhältnisse, die Forderungen und die Entwicklung der Gewerkschaften, die damaligen sozialen und arbeitsrechtlichen Verhältnisse sowie die Kämpfe der Gewerkschaften gegen Meister und Vorkriegsleben lebendig werden. Dieses Thema ist für die erste Schrift deshalb gewählt worden, weil das behandelte Gebiet selbst größere Stelle interessiert wird und weil solche Abhandlungen geeignet sind, zu kritischen Vergleichen und damit zum Denken anzuregen. Jeder Band soll den Leser zum Käufer des folgenden machen. Im Druck befindet sich der vierte Band der Sammlung „Gewerkschaften und Arbeitsrecht“ von Clemens Körpel, während der zweite und dritte Band der Sammlung „Aus der Geschichte der freien Gewerkschaften“ von Hermann Müller und „Wirtschaftsversorgung und Wirtschaftskämpfe“ von Nicolaus Herroth noch in Vorbereitung sind.

Das gesamte Arbeitsrecht Deutschlands nach neuestem Stande unter Hinweis auf Literatur, Rechtsprechung, Verwaltungspraxis, Band II, systematisch dargestellt von Dr. Jakobson, Staatsanwaltschaftsrat, Breslau, 209 Seiten. Preis geb. 5 Mk., in Halbleinen geb. 5,80 Mk. Industrieverlag Speth u. Linde, Berlin G. 2.

5. Jahrgang Deutsches Beamten-Magazin. Diese Zeitschrift, die vollständig neutral, unterrichtet über sämtliche Angelegenheiten der gesamten Beamten-Gesamtheit. Preisgeb. vierteljährlich 4,50 Mk. Wirtschaftsverlag Arthur Gubau G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 40a.

Schöne und gewissenhafte Auskunft gibt die 8. Auflage (seit 1914) bereits zwei Auflagen erschienen) von Meyers Handb. 75 000 Stichwörter enthält es auf 816 Seiten und hat außerdeutlich von Abteilungen, bunten und farbigen Tafeln und Karten. Eine wichtige Ergänzung erhält dieses Werk durch Meyers Handb. Wir machen unsere Leser auf das Interesse in der heutigen Nummer der Fachabteilung Karl Bloch, Berlin SW. 68, Kochstr. 9, aufmerksam, welche diese beiden Werke auf Wunsch auch gegen bequeme Monatsabteilungen abgibt.

Schluss des redaktionellen Teiles.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter S. R. A. n. e. v. Verantw. Redakteur Emil Pittner, beide Berlin SW. 33, Schillingstr. 42.

Wöchentliche Teilzahlung Herrenbekleidung fertigt und nach Maß zu soliden Preisen Garantie für guten Sitz und gute Verarbeitung Julius Fabian Schneidermstr. Nr. Frankfurter Str. 37 nur 2. Etage

Notizkalender 1925 herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Ein wichtiges und nützliches Taschenbuch für jedes Verbandsmitglied. 190 Seiten stark — reich illustriert — dauerhaft in Leinen gebunden. Preis 1,— Mk., für Verbandsmitglieder 0,75 Mk. Bestellungen nimmt entgegen Abteilung Bücher und Schriften Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin SW 33, Schillingstr. 42

KAFFEE Willen Sie eine gute Tasse trinken und zugleich viel Geld sparen, so beziehen Sie nur die Quast's überaus anerkannt hochwertige Record-Mischung, Pfund nur 84 Pfennig ff Bonnenkaffee mit Malzin, gemahlen und gebrauchsfertig. Jeder Kenner ist höchst zufrieden. Wir versenden 8 1/2 Pfund portofrei in Blechdose oder 1 1/2 Pfund-Paketten für 10 Pf. — per Nachnahme Bezahlung. Sie sofortige Rücknahme, wenn nicht gefällt, also kein Risiko! Albert C. F. Quast, Hamburg 26 Ogerndorf 1892





# Hermann Engel, Landsberger Str. 85-86-87

Trotz meiner bekannt billigsten Preise bitte ich Ihnen erleichterte Zahlungsbedingungen ohne jedwede Preiserhöhung und bitte ich Sie, von meiner neuen Einrichtung Gebrauch zu machen. Auskunft gibt Ihnen gern meine Rechnungsabteilung im 1. Stock

Die Versandabteilung erledigt umgehend alle Aufträge. Nichtgefallendes wird ohne weiteres zurückgenommen.

## Großer Weihnachtsverkauf

in allen Abteilungen zu ungewöhnlich billigen Preisen

Mäntel	Kostüme	Kleider	Pelzkonfektion
Kariertes Winter-Ulster reine Wolle mit Pelzbesatz 19 <sup>50</sup>	Karierte und Homespun-Kostüme teilweise mit Pelzbesatz 45 <sup>00</sup>	Taffetkleider in lichtesten Farben, neueste Macharten 79 <sup>50</sup>	Skunks-Kopf-Mäntel 130 cm lang auf Damenstatter 198 <sup>00</sup>
Velours de laine-Mäntel mit ohne Pelzbesatz 49.50, 39.50, 29 <sup>50</sup>	Velours de laine-Kleiderrocke mit feinen Streifen, reiner Wolle 14.50, 7 <sup>95</sup>	Masakleider aus Garbardinne mit Pelzbesatz, auch in großen Weiten 39 <sup>50</sup>	Zobel-Cheviotte-Jacke 90 cm lang erstklassige Verarbeitung 248 <sup>00</sup>
Schwarzer Velours de laine-Mantel hochmodern mit Herminette Kraesen 49 <sup>50</sup>	Winterflaus-Ärmelrocke viele Farben 9 <sup>50</sup>	Kunstseidentrikotkleider mit rababesatz, hochmodern 19 <sup>50</sup>	Herzmummel-Mantel 130 cm lang in eleg. Fant. Verarbeitung 697 <sup>00</sup>
Biberett-Wollpüschmantel weite Formen, samtig, Größen aus la Wolle für Herren u. Damen 16.50, 12.50, 9 <sup>50</sup>	Bicke Matinees aus modern, karierten Stoffen, a. gr. Weiten 5 <sup>75</sup>	Abendkleider in allerfeinsten Ausstattungen, selten schöne Schöplungen 125.-, 99.-, 79.-, 59 <sup>70</sup>	Naturbilsam-Mantel 130 cm lang in entzuckenden Mustern verarb. m. gr. Schalkragen 1200 <sup>00</sup>
Sportjacken 16.50, 12.50, 9 <sup>50</sup>	Jumpers 5 <sup>75</sup>	Jumpers aus Kunstseide, fesche Formen 9.50, 7.90, 4 <sup>90</sup>	

Nicht eindringlich genug kann ich Sie zum genauesten Vergleich meiner sämtlichen Warenangebote einladen; je gründlicher der Vergleich, desto höher werden Sie meine Angebote zu schätzen wissen. Ich bitte um Ihren werten Besuch. Sie sind treundlichst ohne jeden Kaufzwang eingeladen. Also bitte kommen Sie!

## Wäsche, Trikotagen, Strümpfe, Handschuhe, Korsetts

Damenhemd aus gutem Renforcé mit Stickeinträger 1,95, 1,10 / Damenhemd mit Stickerei und Stoffballträgern 1,90 / Trikot-Herrenhemd, wollgemischt mit doppelter Brust, alle Größen 2,45 / Trikot-Herren-Beinkleid, wollgemischt, doppelter Schritt, mit Ueberschlag 3,- / Gefütterte Trikot-Unterbeinkleider in grau und braun 2,75 / Trikot-Damenhemd, weiß mit schmaler Achsel 0,90 / Trikot-Untertaille mit langen Ärmeln, wollgemischt 3,50 / Kamelhaarsocken, la Qualität 1,95 / Reinwollene graue Socken 1,80 / Frauenstrümpfe, deutsche Länge, schwarz 1,40 / Büstenhalter, Niederform, auch für starke Damen 2,85 / Hüfthalter aus prima Damast mit Strumphaltern 4,50

Teppiche	Gardinen	Möbelstoffe	Kleiderstoffe
Masak-Teppich, guter Wollpüsch ca 130 200 16' 235 200 300 42,00 62,00 94,00	Woll-Garnitur 3teilig, 8,50, 11,50 mit ore t. Einsätzen und Volants 7,50, 4,50	Wollene Schlafdecken u. Reise decken 21,-, 16,50 12 <sup>00</sup>	Herren-Anzug- und Ulsterstoffe in gediegener Qual. Mtr. 16,50 9 <sup>50</sup>
Moschde-Teppiche, feine Kamm- u. Varnwolle ca 120 200 16' 235 200 300 62,00 78,00 118,00	Etamine-Bettdecken 7bettig 19,50, 16,50 11 <sup>75</sup>	Stieppdecken Satin Handarbeit alle Farben 24,-, 19,50 17 <sup>00</sup>	Damen-Mantelstoffe hervor- ragen- der Qualität Mtr. 12,50, 8,50 4 <sup>50</sup>
	Madras-Garnitur 1 a. grün, 3teilig 23,-, 28,- 19 <sup>50</sup>	Mokette-Biwanddecken schwere Qualität mit Mohair Franse 5 <sup>50</sup>	70 cm breiter geputzter Samt für Sportanzüge, verschiedene Farben Mtr. 4 <sup>00</sup>
	Madras-Garnitur aparte helle Farben, 3teilig 18,50, 11,50 7 <sup>90</sup>	Tischdecken Perser- u. moderne Muster 7,50, 5,75 3 <sup>75</sup>	
		Biwanddecken Perser Muster 19,-, 11,50 9 <sup>75</sup>	

Feinste Herren-Anzüge, Ulster, Paletots prima Schneiderarbeit. Ersatz für Maß, enorm billig! in nur guten wollenen Stoffen  
Anzüge M. 110.- 99.- 54.- Ulster- u. Paletots M. 130.- 104.- 88.- 75.-

Druck: Hermann Engel, Landsberger Str. 85-86-87, Berlin SW 68, Pflanzstr. 2. Kündigungsangelegenheiten: Herrmann Engel, Landsberger Str. 85-86-87, Berlin SW 68. Verantwortlich für Anzeigen: Paul Sange, Berlin-Tempelhof.